

INTERNATIONAL

- 6 INFLATION, PREISANSTIEG:
WIDERSTAND ÜBERALL

BRD

- 8 SONDERREGELUNGEN,
GEBROCHENE GESETZE UND
MILLIONENINVESTITIONEN

FRAUEN

- 10 CARLOTA TELLO

BERLIN

- 12 LEERE VERSPRECHUNGEN
UND DIE PEITSCHEN

HAMBURG

- 14 LUFTHANSA STREIK
IN HAMBURG

BREMEN

- 16 STEIGENDE ARBEITSLO-
SIGKEIT UND KURZARBEIT

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 UNIKLINIK-STREIKS ZU ENDE:
KEINE ENTLASTUNG IN SICHT

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 KAMERAS ZUR ÜBER-
WACHUNG DER INNENSTADT

KULTUR

- 22 LAYLA: EINE VERLOGENE
DEBATTE

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**BRASILIAN: PROTEST GEGEN MILITÄR-
OPERATION IM COMPLEXO DO ALEMÃO**

**INFLATION UND PREISSTEIGERUNGEN —
WIDERSTAND REGT SICH ÜBERALL**

**SONDERREGELUNGEN, GEBROCHENE
GESETZE UND MILLIONENINVESTITIONEN**

**CARLOTA TELLO, GESCHMIEDET VOM
VORSITZENDEN GONZALO UND
VORBILDICHE MAOISTISCHE KÄMPFERIN**

**BERLINER PARTEIEN VERSUCHEN ES MIT
LEEREN VERSPRECHUNGEN UND PEITSCHEN**

LUFTHANSA STREIK IN HAMBURG

**STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT
UND KURZARBEIT**

**UNIKLINIK-STREIKS ZU ENDE:
KEINE ENTLASTUNG IN SICHT**

**KAMERAS ZUR ÜBERWACHUNG DER
FREIBURGER INNENSTADT**

LAYLA: EINE VERLOGENE DEBATTE

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer neigt sich dem Ende und es zeichnet sich immer stärker ab, wie intensiv sich die Preissteigerungen noch auf die Lage der Ärmsten in diesem Land auswirken werden. Mehrere führende Politiker aus der Ampel-Regierung haben vor „sozialen Unruhen“ und „Aufständen“ gewarnt. Entsprechend ist auch in dieser Ausgabe die Inflation Thema, und wie die Teuerung der zum Leben wichtigsten Waren in unterschiedlichen Ländern auf der ganzen Welt die Wirtschaftskrise verschärft hat. Der Kampf des Volkes von Sri Lanka ist beispielhaft. Je weiter die Krise sich vertieft, desto häufiger wird die alte Welt der Ausbeuter solche gewaltigen Erschütterungen erleben. Auch die anderen Einblicke, die wir im International-Artikel geben, sprechen Bände. Dass in Argentinien Lebensmittelpreise bis aufs Fünffache steigen und die offizielle Armut nun bei 40 Prozent liegt, bedeutet, dass sich das Elend im Volk auf unerträgliche Weise ausbreitet. Eine miserable Lage, die das Volk zum Kampf antreibt. Das wird jeden Tag, an dem mehr an Hunger sterben, deutlicher.

Eine große Sorge für weite Teile der Arbeiterklasse in Deutschland ist in der gegenwärtigen Situation, die Kosten für Energie nicht mehr zahlen zu können und im Winter in der eigenen Wohnung frieren zu müssen. Die Regierung rechtfertigt die kommende Gaspreismulage, die für eine Familie, die im Jahr 20.000 Kilowattstunden für Wärme verbraucht, über 500 Euro im Jahr Mehrkosten bedeutet, als notwendig. Und es reicht ein einziger kurzer Blick auf die Profite der deutschen Imperialisten, die wie nichts Normales in dieser Krise in die Höhe schießen, dass eine Kompensierung der Kosten des teureren Gases ohne jegliche weitere Probleme möglich wäre, wenn man die Ausbeuter einfach nur zur Kasse bitten würde. Keinen Cent sollte die Arbeiterklasse für den Kostenanstieg zahlen! Es ist also eine völlig bewusste Entscheidung der Regierung, die Armen frieren zu lassen und noch ärmer zu machen, damit die Profite der Monopole gesichert bleiben. Es wird sogar weiter gegangen und einmal mehr mit dem eigenen Recht gebrochen, um den Preisanstieg des Gases auf die Arbeiter abzuwälzen. Im BRD-Artikel beschäftigen wir uns in diesem Sinne damit, wie der Staat seine „Rechtssicherheit“ bricht.

Der Widerstand gegen die Krisenpolitik der Regierung, der Kampf für mehr Lohn und für bessere Arbeitsbedingungen, sind auch in diesem Sommer alle gewachsen. Besonders kämpferisch war der Streik der Hafenarbeiter in Hamburg, bei dem es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, was es so schon lange nicht mehr bei Streiks in der BRD gegeben hat. Im Hamburg-Artikel dieser Ausgabe wird noch einmal gezeigt, wie die Gewerkschaftsspitzen vor der Bourgeoisie kapitulieren und der Arbeitskampf, ohne die Forderungen durchgesetzt zu haben, aufgegeben wird. Gleichzeitig werden für Tarifverträge lange Fristen festgelegt, so dass in den nächsten Jahren – in denen die Inflation und Preise weiter steigen oder zumindest auf hohem Niveau bleiben – nicht noch einmal über Lohnsteigerungen mit den Gewerkschaftsführungen verhandelt werden und gleichzeitig die Friedenspflicht gilt, also nicht gestreikt werden darf. Doch die Zeichen stehen überall auf Kampf, ist der Sturm am einen Ort vorbei, bricht ein neuer schon woanders los. Schlechte Vereinbarungen werden die Arbeiter nicht mehr befrieden. Auch die Bourgeoisie in Deutschland sollte sich warm anziehen diesen Herbst.

Eure RoPo-Redaktion



Im brasilianischen Complexo do Alemão, einen Favelakomplex in Rio de Janeiro, haben im Juli Spezialeinsatzbataillon (BOPE) und die Koordination der Spezialressourcen (Core) der Militär- und Zivilpolizei des alten brasilianischen Staates, der seine Repression unter anderem in den Armenvierteln des Landes zur Zeit überall eskaliert und massenhaft Morde begeht, das größte Massaker seit 2010 im Komplex durchgeführt. Gegen dieses Massaker versammelten sich die Bewohner und sperrten die Estrada do Itararé mit einer Barrikade aus brennenden Reifen. „Raus aus den Favelas, Mörderpolizisten!“ steht auf dem Transparent.

Quelle: A Nova Democracia

RA DAS FAVELAS
LÍCIAS ASSASSINAS!



INFLATION UND PREISSTEIGERUNGEN – WIDERSTAND REGT SICH ÜBERALL

Die aktuelle Wirtschaftskrise des Imperialismus ist die schwerwiegendste Krise seit dem zweiten Weltkrieg und reißt große Teile der Erde in tieferes Elend. Während wir hier in der BRD mit einer Inflation von knapp acht Prozent (stand Juni 2022) auf dem Rekordniveau der letzten 50 Jahre sind, sieht das in vielen Ländern der dritten Welt nochmal ganz anders aus. In der Türkei liegt die Inflationsrate bei knapp 80 Prozent, in Argentinien geht es auf die 100 Prozent zu. Und nicht nur die Inflation sorgt für mehr Armut und Hunger auf der Welt, denn auch so steigen die Preise für die essentiellsten Lebensmittel und Verbrauchsgüter immer weiter. Extreme Preisschwankungen und Teuerungen von bis zu 600 Prozent sind mancherorts keine Seltenheit mehr. Nicht zuletzt durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich diese Krise des Imperialismus weiter verschärft. Und mehr Hunger und Elend führen zu mehr Widerstand der Völker der Welt, die auf allen Kontinenten kämpfen und sich gegen die Krise und ihre Verantwortlichen zu Wehr setzten. Besonders die unterdrückten Nationen sind Brandherd des Kampfes und wir wollen mit diesem Artikel einen kleinen Überblick über einige dieser Kämpfe der Völker aus der jüngeren Vergangenheit geben.

SRI LANKA – VOLK STÜRZT DIE REGIERUNG

In Sri Lanka haben die Massen gezeigt, was man im gemeinsamen Kampf erreichen kann. Am 09. Juli 2022 stürmten tausende Protestierende den Regierungspalast in der Hauptstadt Colombo und verjagten den bis dahin amtierenden Präsidenten Gotabaya Rajapaksa ins ausländische Exil. Über Wochen kämpften die Volksmassen in Sri Lanka gegen die Regierung, die das Land an die Imperialisten verkauft hat und den Inselstaat in den Bankrott führte. Die Inflation im Land liegt bei über 50 Prozent und steigt stetig weiter. Die Regierung Gotabaya Rajapaksas plante den weiteren Ausverkauf des Landes an die Imperialisten, indem dieser weitere Kredite des Internationalen Währungsfond (IWF) aufnehmen wollte, die zu noch mehr Schulden und noch mehr Abhängigkeit geführt hätten. Dagegen gab es gigantische Massenproteste, die eben an besagtem 9. Juli darin mündeten, dass die

Volksmassen das überforderte Militär überrannten und die Regierung stürzten. Sowohl Präsident Gotabaya Rajapaksa als auch der Premierminister des Landes verkündeten kurz darauf ihren Rücktritt.

So entwickelte sich aus der wirtschaftlichen auch eine tiefe politische Krise in Sri Lanka. Ein Bündnis aus verschiedenen Parteien übernahm einige Tage später die Übergangsregierung, die durch ihre mangelnde Einheit aber zum scheitern verurteilt ist. Kurz nach ihrer Machtübernahme ging die neue Regierung dann gegen das immer noch protestierende Volk vor. So konnte das Volk am 9. Juli zwar einen großen Sieg erringen und seine Stärke beweisen und erkennen. Dieser Sieg ist aber nicht von Dauer, da eine Kraft fehlt, die tatsächlich den Interessen des Volkes dient und eine neue Gesellschaft aufbaut. Wie in jedem Land der Welt braucht es dafür eine Kommunistische Partei, die den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes führt.

ARGENTINIEN – INFLATION, PREISSTEIGERUNGEN, MASSENPROTESTE

In Lateinamerika ist Argentinien in den letzten Monaten eines von vielen Ländern mit immer wieder



Volksaufstand in Sri Lanka

aufflammenden Protesten und Kämpfen gegen die reaktionäre Regierung infolge von Preissteigerungen und Inflation geworden. Schon seit längerem geht es wirtschaftlich bergab in Argentinien, da die letzten Regierungen das Land – das immer als Musterbeispiel einer aufblühenden unterdrückten Nation bezeichnet wird – immer weiter beim IWF verschuldeten und an die Imperialisten, vor allem Yankees, verkauft haben. Insgesamt 44 Milliarden Euro Schulden hat das Land beim IWF. Schulden, die auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt werden. In den letzten Monaten kamen zu den enormen Staatsschulden eine hohe Inflationsrate sowie enorme Preissteigerungen hinzu. Bis zum Jahresende sagen Ökonomen eine Inflation von bis zu 100 Prozent voraus. Lebensmittel sind bis zu 500 Prozent teurer geworden und ein Ende des Anstiegs ist nicht in Sicht. Die offizielle Armutsquote Argentiniens stieg auf 40 Prozent an.

Diese Situation treibt das argentinische Volk auf die Straße. Im Regierungsviertel und im Stadtkern von Buenos Aires versammeln sich immer wieder Tausende, um gegen die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen zu demonstrieren. Während die Massen aber ihren Kampfeswillen zeigen, ist es bislang vor allem die falsche Führung der Proteste, die den gerechtfertigten Kampf in kontrollierbare Bahnen lenkt. So ist die opportunistische Führung der Proteste, bestehend aus selbsternannten „Sozialisten“, die vor allem ihren Erfolg im Parlament verfolgen, nicht gewillt, den Kampf tatsächlich im Interesse des Volkes zu führen. Stattdessen missbrauchen sie die schlechte Situation des Volkes für ihre eigenen Interessen. So gehen sie schon mal vorsorglich auf Stimmenfang und versuchen das Leiden des Volkes mit falschen Versprechen für ihre Sache zu instrumentalisieren.

SÜDAFRIKA – KÄMPFE GEGEN SCHLECHTE LEBENSBEDINGUNGEN

Bei Protesten in Johannesburg, der größten Stadt Südafrikas, Anfang August, zündeten Demonstranten Gebäude des alten Staates an, errichteten brennende Barrikaden und lieferten sich schwere Kämpfe mit der Polizei. Grund für die Kämpfe sind die Inflation, die steigenden Lebenshaltungskosten, eine schlechte Wasserversorgung und immer wieder auftretende Stromausfälle in den Townships – den Armen-

vierteln Johannesburgs. Die Preissteigerungen sind auch in Südafrika hoch. Lebensmittel sind zwischen 10 und 30 Prozent teurer geworden. Treibstoff sogar über 40 Prozent. Schon vor gut einem Jahr kam es aus ähnlichen Gründen zu massiven Protesten in Südafrika, und seitdem ist die Situation nicht besser geworden. So gehen die Kämpfe weiter und entflammen wieder und wieder im Land, auch wenn die Regierung mit roher Gewalt antwortet. Insgesamt wurden bei den Protesten in Johannesburg vier Menschen von der Polizei erschossen.

BRD – REGIERUNG BEREITET SICH AUF PROTESTE VOR

Schon jetzt warnt die Bundesregierung vor „radikalem Protest“ und „sozialen Unruhen“ im Herbst und Winter. Wenn es erstmal soweit ist und die Menschen in der BRD tatsächlich in kalten Wohnungen sitzen oder die erste unbezahlbare Gasrechnung kommt, dann werden sich auch die Proteste wieder vervielfachen – das weiß auch die Bundesregierung. Die „radikalen Kräfte“, vor denen die Regierung warnt, hat sie in den letzten zwei Jahren definiert. Mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, deren Teilnehmer vom deutschen Staat pauschal als Nazis und Verschwörungstheoretiker diffamiert wurden, wurde die neue politische Kategorie der „Staatsdelegitimierer“ eingeführt. Als solche können nun alle eingestuft und letztlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden, die sich gegen den deutschen Staat und seine Politik stellen. So hat sich der deutsche Staat in den letzten beiden Jahren gut darauf vorbereitet, Proteste, die in Krisenzeiten immer aufflammen, bekämpfen zu können. Alle, die gegen die Preissteigerungen und die Inflation auf die Straße gehen, werden zukünftig einfach zum Staatsfeind erklärt und bekämpft, denn die Mittel dafür hat der deutsche Staat sich schon geschaffen. Das wird den Kampf aber nicht aufhalten, denn überall wo die Unterdrückung steigt, wird auch der Widerstand größer. •

SONDERREGELUNGEN, GEBROCHENE GESETZE UND MILLIONENINVESTITIONEN

Preissteigerungen und Inflation nehmen weiterhin kein Ende. Nach Monaten, in denen das alltägliche Leben immer teurer und teurer wurde, nähern wir uns immer weiter dem Herbst und Winter – der kalten Jahreszeit, die, ganz wie es aussieht einen nächsten Höhepunkt der Krise hier in der BRD bringen wird. Die Abhängigkeit der BRD von Gas aus Russland führt nun dazu, dass die Preise für Strom und Heizung enorm in die Höhe schnellen. Noch sagt keiner, wie es genau aussehen wird im Winter, wenn die Heizungen wieder angeschmissen werden, aber klar ist, dass es teuer wird. Von vervierfachen Gaspreisen ist zum Teil die Rede, was für die größten Teile der Verbraucher schlicht und einfach bedeuten würde, dass Rechnungen nicht beglichen werden können. Dass Millionen Menschen in der BRD also im Winter dem Bankrott ins Auge sehen müssen, ist eine reale Perspektive. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen vor allem dafür sorgt, dass die Krise und ihre Folgen auf die Konsumenten, d.h. auf die Arbeiter und das Volk abgewälzt werden, während die Profite großer Konzerne mit Steuergeldern gesichert werden. Dafür geht der deutsche Staat soweit, Gesetze auszuhebeln und Sonderregelungen zu schaffen. So zum Beispiel das Prinzip der „Rechtssicherheit“.

Voraussetzung des bürgerlichen Rechts ist die sogenannte Rechtssicherheit. In der Theorie heißt das: Jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft kann sich gewiss darüber sein, dass die niedergeschriebenen Gesetze und Regelungen von allen anderen eingehalten bzw. durchgesetzt werden und für alle Gleichermaßen gelten. Es basiert mithin auf gegenseitigem Vertrauen der Einhaltung jener allgemeinen und jeweils konkret angewandten vertraglichen Regeln. So wird die Rechtssicherheit folgendermaßen definiert:

„Der Grundsatz der Rechtssicherheit ist ein Kerngehalt des Rechtsstaatsprinzips. Rechtssicherheit beruht auf dem Anspruch der Klarheit, Beständigkeit, Vorhersehbarkeit und Gewährleistung von Rechtsnormen sowie die an diese gebundenen konkreten Rechtspflichten und Berechtigungen. Es ist

Teil der elementaren Basis einer rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung.“

Auf die Arbeiterklasse übersetzt heißt das im alltäglichen Leben vor allem Sicherheit auf Einhaltung vertraglicher Regelungen. Mietverträge, Lieferverträge oder Arbeitsverträge usw. sind derart, wie sie unterzeichnet werden, von beiden Vertragsparteien einzuhalten und zu erfüllen. Dass jedoch die Arbeiterklasse dabei regelmäßig betrogen wird, ist ein offenes Geheimnis. Seien es beispielsweise unbezahlte Überstunden, die im geschlossenen Arbeitsvertrag eigentlich nicht vereinbart gewesen sind oder Schimmel in der Wohnung, der vom Eigentümer mit Verweis auf falsches Lüften oder anderen Quatsch nicht beseitigt wird. Das Geschacher um konkrete Anwendung abgeschlossener Verträge ist weithin bekannt, im Grundsatz aber wird sich allgemein an die vertraglichen Regeln, bzw. das bürgerliche Recht gehalten – sie werden nur von den Ausbeutern in der bekannten Regelmäßigkeit gedehnt und gestreckt.

Doch besondere Zeiten erfordern – für die Ausbeuter – besondere Anpassungen, jetzt wo die Preise für Strom und besonders für Gas massiv gestiegen sind. Während beim Strom oftmals vertraglich vereinbarte sogenannte Strompreisbindungen garantieren, dass trotz etwaiger Teuerung der Strompreis zum zuvor vereinbarten Preis geliefert werden muss, gilt dasselbe Prinzip eigentlich auch für Gas. Schließlich wurde von beiden Vertragsparteien (Energielieferant und Konsument) ein Vertrag über einen bestimmten Preis pro Liefermenge geschlossen. Nun hat der Krieg also zu massiven Teuerungen geführt, sodass die Gas-Konzerne Gas für mehr Geld einkaufen müssen. Die Folge ist, dass eben jene vertragliche Vereinbarung große Gas-Konzerne in Bedrängnis bringt und große Verluste drohen. Weil die sogenannte „Energiekrise“ die Profite der Bourgeoisie unmittelbar gefährdet, musste schnell eine Lösung her um die verteuerten Energieeinkaufspreise direkt an die Verbraucher weiterzugeben, indem sie die vertraglichen Gegebenheiten umgehen oder ganz aushebeln. Dafür brachte die deutsche Regierung zwei Verordnungen auf den Weg, die die Lage

komplett ändern: Die sogenannte „Gas-Umlage“ und das „Energiesicherungsgesetz“. Ihr Zweck ist es den alten rechtlichen Rahmen durch einen neuen zu ersetzen. Zugunsten der Kapitalisten und zulasten der Arbeiter. So schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.08.2022 dazu:

„Viele Versorger haben mit ihren Kunden Festpreisverträge abgeschlossen, die für eine bestimmte Zeit eine Preisgarantie vorsehen. Laut Brancheneinschätzung betrifft das etwa ein Viertel der Verträge. Preiserhöhungen sind dann eigentlich nicht möglich. Die Regierung will nun festschreiben, dass auch in solchen Fällen die Umlage verlängert werden kann. Voraussichtlich wird dies über das EnSiG oder das Energiewirtschaftsgesetz geregelt. Dafür braucht es aber nach der Sommerpause einen Beschluss von Bundestag und Bundesrat, was die Einführung der Umlage in diesen Fällen verzögern könnte. Denn Versorger müssen Preiserhöhungen üblicherweise sechs Wochen vorher ankündigen.“

Somit sollen bis zu 90 Prozent der Mehrkosten auf die Konsumenten verteilt werden, während die Konzerne weiter schwarze Zahlen schreiben. Die Bourgeoisie baut sich also neue Gesetze und schafft Sonderregeln um ihre Verluste auf die Arbeiter und das Volk abzuwälzen und sichert so die eigenen Gewinne. So wie während der Corona-Pandemie Grundrechte durch Verordnungen ersetzt und ausgehebelt wurden, brechen sie die bürgerliche Rechtssicherheit gegenüber dem Volk, indem sie kurzerhand ein neues Gesetz einführen, dass die zuvor geregelte Vertragssicherheit umgeht.

Doch zu den Sonderregelungen, die sich die Kapitalisten nun auf unsere Kosten geschaffen haben, kommt noch was oben drauf. Denn schon Ende Juni beschloss die Regierung, mit insgesamt 15 Milliarden Euro von unseren Steuergeldern bei Uniper – dem größten deutschen Gasimporteure – einzusteigen. Oben drauf kommen Kredite der staatlichen Förderbank KfW, über deren Höhe keine Zahlen publik gemacht wurden. 30 Prozent der Anteile besitzt der deutsche Staat nun durch die Investitionen, was einen beträchtlichen Teil der Konzernanteile ausmacht und dem deutschen Staat direkte Entscheidungsgewalt einräumt. Der Staat nimmt die Sache also selbst in die Hand und löst ein Teil des Problems der Abhängigkeit von Russland in Sachen Gas dadurch, dass er sich Anteile des größten

Gasimporteurs kauft, den er ab sofort mit kontrollieren kann.

Anstatt also die Arbeiterklasse im Auge zu haben, beispielsweise schlicht die während Corona eingefahrenen Gewinne der Bourgeoisie zu nutzen, um die nunmehr anfallenden Mehrkosten gegenzufinanzieren, wird andersherum das Volk zum Finanzier der Wirtschaftskrise der Ausbeuter gemacht. Die Maßnahmen der Regierung, die wenigstens ein bisschen entlasten konnten, wie das Neun-Euro-Ticket, sind auch schon wieder Geschichte. Der deutsche Staat zeigt in den jetzigen Zeiten klarer und deutlicher denn je, dass er nicht den Interessen der Arbeiter dient.

Was sich zeigt, ist, dass eine Diktatur durch kein Gesetz eingeschränkt werden kann. Und der Staat in dem wir leben ist eine Diktatur – eine Klassendiktatur der Bourgeoisie. Daran ändert auch nicht, das wir alle vier Jahre eine Regierung wählen dürfen, denn diese – egal wer regiert – dient immer der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ist die Klasse, die herrscht und somit sind die Interessen, die durchgesetzt werden, immer die Interessen der Bourgeoisie. Für die Arbeiterklasse gibt es hier in diesem System also keine Demokratie, kein Mitbestimmungsrecht und schon gar nicht gewährt uns die Bourgeoisie, unsere Interessen durchzusetzen. Die Sonderregelungen, die dazu dienen, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, sind aber gleichzeitig ein Armutszeugnis für die Herrschenden. Dass es überhaupt notwendig ist, mit den eigens geschriebenen Gesetzen zu brechen, weil sie den eigenen Interessen im Weg stehen, zeigt die tiefe Krise ihres Systems – des Imperialismus – nur noch einmal mehr. •

CARLOTA TELLO, GESCHMIEDET VOM VORSITZENDEN GONZALO UND VORBILDICHE MAOISTISCHE KÄMPFERIN

Wir veröffentlichen eine inoffizielle Übersetzung eines Artikels der brasilianischen Zeitung „A Nova Democracia“ (Neue Demokratie). Der Artikel beschreibt kurz das Leben und Wirken der peruanischen Kommunistin Carlota Tello Cuti, Kampfname Genossin Carla. Sie zeigt als eine von abertausenden von Beispielen, die es auf der Welt in vielen Ländern gab und gibt, wie die revolutionäre Frau eine Waffengefährtin ihrer männlichen Genossen ist. Die revolutionäre Frauenbewegung in der BRD muss viele dieser Beispiele finden und sie in ihrem Kampf hoch halten und vor allem ihnen nacheifern. Als ein Inspiration veröffentlichen wird diese kurze Biographie. Alle eventuellen Fehler in der Übersetzung sind unsere Verantwortung.

CARLOTA TELLO, GESCHMIEDET VOM VORSITZENDEN GONZALO UND VORBILDICHE MAOISTISCHE KÄMPFERIN

Carlota Tello Cuti, eine Militante der Kommunistischen Partei Perus (KPP) und Kämpferin der Volksguerillaarmee (VGA), eine rote Soldatin vom Vorsitzenden Gonzalo, war ein Beispiel dafür, dass sie ihr Leben für die Partei und die Revolution gab. Sie wurde 1960 geboren, wahrscheinlich in Cahua, Provinz Angaraes, und stammt aus einer einfachen Bauernfamilie. Carlota galt als uneheliche Tochter: Ihr Vater, Vicente Tello, erkannte sie nie als seine Tochter an; über ihre Mutter und die Beziehung zwischen ihnen war wenig bekannt.

Sicher ist, dass Carlota eine arme Kindheit hatte und, noch bevor sie 13 Jahre alt war, in die Stadt Huamanga zog, um als Dienstmädchen für reiche Familien zu arbeiten und dafür Haus und Essen zu bekommen – ein in vielen Ländern des bürokratischen Kapitalismus weit verbreitetes System der Leibeigenschaft.

In Huamanga besuchte sie die Sekundarschule „Mariscal Cáceres“ und lernte dort die Rote Fraktion der Kommunistischen Partei Perus (KPP) kennen. Die KPP, die sich mitten im Rekonstitutionsprozess befand, hatte in dieser Schule eine beachtliche Basis von Aktivisten unter Schülern und Lehrern. Wahrscheinlich trat Carlota dort der KPP bei und spielte eine sehr aktive Rolle im Lehrerstreik von 1978.

CARLOTA TELLO WIRD ZUR GENOSSIN CARLA

Als die KPP und Vorsitzender Gonzalo – der Führer der KPP und der peruanischen Revolution – 1980 beschlossen, den Volkskrieg in Peru zu beginnen, war

Carlota erst 20 Jahre alt und stellte sich heldenhaft der Herausforderung, eine der Einleiterinnen zu sein.

Die frisch getaufte „Genossin Carla“ nahm an zahlreichen Aktionen in der Region Ayacucho teil – Aktionen, von denen eine sehr gut in dem Buch „Um dos Primeiros...“, herausgegeben von Seara Vermelha, beschrieben ist.

Die Genossin Carla spielte eine wichtige Rolle im Zonenkomitee in Huamanga, als sie im Bezirk Pacaycasa verhaftet und im Gefängnis von Huamanga inhaftiert wurde, wo auch Edith Lagos inhaftiert war. Sie blieb nicht lange dort: Am 3. Mai 1982 wurden beide zusammen mit den anderen revolutionären Kriegsgefangenen in einer meisterhaften Militäraktion von der KPP und der VGA befreit.

Nach ihrer Entlassung war Carla weiterhin im Volkskrieg aktiv und übernahm die Verantwortung für die Bauernarbeit in den Provinzen Huanta und Huamanga. Sie war immer aktiv am Aufbau der Neuen Macht und der Volksrepublik der Neuen Demokratie beteiligt, als Kämpferin in einer der Guerillakolonnen der VGA, die sich den Truppen von General Clemente Noel entgegenstellte, einem völkermordenden Henker, der sich hunderter Morde an den besten Söhnen des peruanischen Volkes schuldig gemacht hat, und als Gründer mehrerer geheimer Folterzentren der Reaktionäre in ganz Peru, wo sie ungestraft folterten, töteten und die Leichen verschwinden ließen. Die Genossin Carla und andere Militante der KPP und Kämpfer der VGA leisteten in diesen ersten Jahren des revolutionären Krieges, die bis dahin die schwie-

rigsten waren, erbitterten Widerstand und konnten die Reaktionäre daran hindern, den neugeborenen Prozess zu vernichten, was an sich schon ein großer Sieg war.

VERRAT, INHAFTIERUNG, FOLTER UND MORD

Es war der Nachmittag des 14. November 1984: In Pangora (Provinz Huamanga) fand eine Sitzung des Zonenkomitees von Ayacucho statt, die gewaltsam unterbrochen wurde. Ein Verräter verriet das Treffen, bei dem 13 Kommunisten überrascht wurden. Dort wurden sechs von Carlos Genossen kurzerhand hingerichtet, und sieben weitere wurden verhaftet, darunter auch sie.

In der Nacht desselben Tages wurden Genossin Carla und die anderen in die Kaserne von Los Cabitos gebracht, und in der Nähe dieser Kaserne befand sich eine Villa namens „Casa Rosada“, in der ein Folterzentrum der Repression betrieben wurde.

In der „Casa Rosada“ organisierte Major Jorge Contreras die Folterungen, die etwa vier Tage dauerten. Die Männer wurden gefoltert, und die Frauen – die nicht wenige in der KPP waren – wurden von ihren Peinigern nicht nur gefoltert, sondern auch sexuell missbraucht.

Carlota wurde vier Tage lang gefoltert und vergewaltigt, aber sie verriet ihren Peinigern nichts; ihr Verhalten war vorbildlich und sie hielt sich immer an die „goldene Regel“ – nie jemanden zu verraten. Als man sie aufforderte, nach allem, was sie erlitten hatte, zu kollaborieren, zitterte sie nicht, sondern antwortete wie eine Peitsche: *„Ich habe keine Angst vor euch, und das Sterben ist Teil des Kampfes“*. Sie hat keinen ihrer Genossen verraten. Selbst unter solch ungerechten Bedingungen stellte sie sich den Folterern und antwortete auf ihre Beleidigungen: *„Ihr seid weder Bürger noch Politiker. Ihr seid nur Militär. Schutzhunde des Systems“*. Da sie

wusste, dass sie ermordet werden würde, antwortete sie den Folterern: *„Ich bin bereits tot, aber die Partei wird niemals sterben. Wenn ich tot bin, wird die Partei euch auslöschen. Außerdem werde ich in dem Wissen sterben, dass wir gewinnen werden. Stattdessen werdet ihr sterben, ohne zu wissen, warum. Alle Revolutionen haben in ihrem Moment triumphiert: die französische, die russische, die chinesische. So wird es auch in Peru sein.“*

Am vierten Tag wurden Carlota und ihre Genossen in Kapuzen zu den Massengräbern in der Kaserne gebracht und mit Kopfschüssen ermordet. Ein Jahr später ließ die Regierung von Alan Garcia die Leichen ausgraben und verbrennen. Schätzungen zufolge wurden rund 500 KPP-Parteimitglieder, VGA-Kämpfer und Sympathisanten der Partei in der so genannten „Casa Rosada“ gefoltert und hingerichtet.

Vier Jahre nach dem Tod der Genossin Carla, im Jahr 1988, griff eine Kolonne der reaktionären peruanischen Armee das Stützpunktgebiet Cutcsa im Departement Huamanga in Ayacucho an und massakrierte dreizehn Menschen, darunter sieben Verwandte von Carlota Tello – Onkel, Cousins und Brüder. Einem ihrer Verwandten gelang die Flucht, er wurde jedoch entführt und verschwand.



Die braune Presse im Dienste der Großgrundbesitzer und der peruanischen Großbourgeoisie hat in ihrem antikommunistischen Eifer versucht, Carlota eine Ladung Müll unter das Grab zu legen. Sie sagten, sie sei „grausam“, „böse“, „gewalttätig“, aber nichts kann auslöschen, was sie in Wirklichkeit war: eine Heldin der KPP, der peruanischen Revolution und der proletarischen Weltrevolution, eine junge Kämpferin, die ihr Leben für die Sache der Revolution gab; sie hat nie kapituliert, selbst im Angesicht der schlimmsten Folter, und sie hat nie den Maoismus, das Gonzalodenken, die Führung vom Vorsitzenden Gonzalo und nie die Linie des Volkskriegs verleugnet und blieb all dem bis zu ihrem letzten Atemzug treu. •

BERLINER PARTEIEN VERSUCHEN ES MIT LEEREN VERSPRECHUNGEN UND PEITSCHEN



Der Tafel wird das Essen knapp

Mit dem kommenden Auslaufen des 9-Euro-Tickets beginnen die bürgerlichen Parteien in Berlin, ihre Werbetrommeln zu rühren und Alternativen und weitergehende Pläne vorzuschlagen. Diese Vorschläge sind von Anfang an ohnehin nur Werbung, da Entscheidungen wie diese auf Bundesebene getroffen werden würden. Das 9-Euro-Ticket, was als Entlastung vor allem in Anbetracht der erhöhten Lebenshaltungskosten und Transportkosten mit enormen Preisen für Brennstoffe gedacht war, tatsächlich für den Zeitraum dieser zusätzlichen Kosten zu erweitern, so „radikal“ ist keiner von ihnen. Nur die Partei die Linke fordert überhaupt eine Verlängerung, die aber auch nur bis Ende des Jahres. Dazu ist sie sich auch bewusst, dass sie auf Bundesebene um ihr Fortbestehen kämpfen, keine tatsächliche Änderungen beeinflussen können und zumindest etwas „radikal“ wirken wollen. Die anderen Parteien versuchen hier im Allgemeinen nicht einmal, so zu wirken, als wollten sie die „Entlastung“ fortsetzen; die FDP sagt, sie habe ihren Zweck schon erfüllt, die AfD sagt, billigerer öffentlicher Nahverkehr sei keine Entlastung, die CDU fordert höchstens Verringerungen der Kosten der BVG-Tickets, die SPD äußert sich gar nicht und die Grünen fordern sogar eine Erhöhung der Kosten für die Massen mit Optionen wie einer „City-Maut“.

Die steigenden Preise, von denen das Ticket angeblich Abhilfe schaffen soll, lassen sich auch in Berlin deutlich bemerken. In dieser Stadt der ohnehin immer schneller steigenden Mietpreisen sorgen die erhöhten Preise für Strom und Heizen bei nicht wenigen dafür, dass am Ende des Monats kein Geld für Essen mehr übrig bleibt.

Das zeigt sich beispielsweise in der Situation der Berliner Tafel, die in mehreren Bezirken schon in den letzten Monaten davon sprachen, dass teilweise doppelt so viele Menschen auf diese Nothilfe angewiesen sind als zuvor. Um diesen erhöhten Bedarf zu decken, bekommen sie aber nicht zusätzliche Spenden von der Stadt oder Supermarktketten, im Gegenteil haben die Spenden sich sogar verringert, mit Verweis auf zusätzliche Ausgaben für Geflüchtete aus der Ukraine.

Ein Rentner, der auf die Tafel in Steglitz angewiesen ist, beschreibt das einer bürgerlichen Zeitung gegenüber so: „Auch wenn die Tafel kein Ersatz für den Supermarkt ist: Früher gab es auch mal zwei Tüten, jetzt kriegt man nur noch eine, manchmal auch nur eine halbe.“ Für diese Tüten muss man mittlerweile auch zwei Euro zahlen, das Doppelte wie noch vor zwei Jahren. Auch wird die Tafel in vielen Bezirken nicht

mehr wöchentlich oder wie früher auch teilweise häufiger geöffnet, sondern nur noch alle 14 Tage. Die selbe Situation zeigt sich auch bei der Bahnhofsmission. Bei dieser berichtet der Standort am Bahnhof Zoo, dass schon seit Beginn der Krise statt warmen Essen belegte Brötchen ausgegeben werden und selbst die inzwischen knapp werden. Auch hier haben sich seit Beginn der Krise die Abnehmer verdoppelt.

In dieser Situation ist klar, dass der Kampf der Massen sich verschärft. Ein Beispiel für einen möglichen anstehenden Arbeitskampf liefern dabei die Angestellten im Flughafen BER. Die Gewerkschaften der Piloten haben sich mit Zustimmungen von ca. 97 Prozent bis zu 99 Prozent für einen Streik ausgesprochen. Die Führungen der Gewerkschaften wollen diesen aber wie zu häufig hinauszögern und sehen die Abstimmung für den Streik nur als Droh- und Druckmittel, nicht als umzusetzenden Auftrag der Gewerkschaftsmitglieder. Die Gewerkschaften des Bodenpersonals dagegen sind bereits in Verhandlungen, die am Anfang August in die dritte Runde gehen, nach bisher einem Streiktag im Juli. Auch bei diesem zeichnet sich ab, dass die Gewerkschaftsführung schon jetzt von guten Verhandlungen und Angeboten spricht und selbst ihre verbale Radikalität während der Streikaktionen beginnt abzulegen, während die Kollegen ihren gerechtfertigten Kampf weiter hochhalten.

Vor allem aber die nicht auf diese Art organisierten Kämpfe und Proteste machen der Regierung jetzt schon Angst. Es zeigt auch schon der Plan der Herrschenden und der bürgerlichen Medien, sämtlichen Kampf und Widerstand als „von Nazis geführt“ darzustellen. Ein Beispiel liefert die „Berliner Zeitung“, welche schon jetzt vorab für den Herbst diese möglichen Proteste denunzieren, bevor sie konkret geplant sind, geschweige denn stattgefunden hätten. Ebenso wie sie versuchten, die gesamten Proteste gegen den Ausnahmezustand und auch gegen ihre Krisenbewältigungsmaßnahmen als „Verschwörungstheorien“, „Corona-Leugnung“ und von Nazis geführt darzustellen, behaupten sie jetzt schon vorab, kommende Proteste seien von den selben Gruppen geführt und auf die selbe Art und Weise böse, ohne weitere Rechtfertigung. Außenministerin Baerbock spricht jetzt schon von möglichen „Volksaufständen“, sollte die Regierung das Ausmaß der Krise nicht unter Kontrolle bekommen.

Die im Zuge dieser heißer werdenden Situation gewollte Erhöhung von Repression und Polizeipräsenz läuft auch jetzt schon klar an – unter anderem mit Besetzungen von öffentlichen Freibädern wie im Freibad am Columbiadamm im Stadtteil Neukölln. Zu diesem wurde immer wieder reißerisch und chauvinistisch über die „bösen migrantischen Jugendlichen“, die „Massenschlägereien“ anzetteln würden, berichtet. Dies diene als Rechtfertigung, jetzt nicht nur dauerhaft eine mobile Wache im Eingangsbereich aufzustellen, vermehrt Taschenkontrollen am Eingang durchzuführen und vor allem Jugendliche zu schikanieren, sondern auch, um Polizisten dauerhaft innerhalb des Schwimmbads zu stationieren.

Die jetzt beschlossenen Alkoholverbote für den James-Simon-Park und im Monbijoupark schlagen in die selbe Kerbe, da mit ihnen verhindert werden soll, dass sich hier vor allem junge Menschen sammeln und dann möglicherweise rebellieren. Die „Sicherheitslage“ war sogar zentraler Punkt der Argumentation für diese Verbote.

Vor diesem Hintergrund ist auch interessant, das zukünftig in Berlin angesiedelte „territoriale Führungskommando“ der Bundeswehr zu erwähnen. Dieses wurde im Zuge des Sondervermögens für die Bundeswehr auch klammheimlich mit durchgewunken. Es soll direkt dem Verteidigungsministerium unterstehen und die Einsätze der Bundeswehr im Inland zentral organisieren. Damit soll es künftig zwei getrennte Führungsstellen für die Bundeswehr geben. Das soll vor allem dafür sorgen um Einsätze im Inland leichter und schneller zu machen.

Die, Probleme die unsere Klasse hat, verschärfen sich immer mehr, es wird immer schwerer, mit dem wenigen, was wir kriegen, noch über die Runden zu kommen. Das ist auch diesem Staat klar, und er bereitet sich immer weiter darauf vor, zu versuchen, unsere Rebellion, unseren Kampf einzudämmen und zu unterdrücken. Auf politischer Ebene mit der Denunziation schon von möglichen zukünftigen Protesten. Mit der Aufrüstung der Polizei und der Erhöhung ihrer Präsenz. Mit Versuchen, unsere Zusammenkommen zu erschweren und auch mit der Vorbereitung von Einsätzen der Bundeswehr im Inland zur Erhaltung ihrer „Sicherheit“.

LUFTHANSA STREIK IN HAMBURG

Am Mittwoch, den 27. Juli, sind in Hamburg ca. 1.000 Mitarbeiter von Lufthansa auf die Straße gegangen, um mit Verdi zu streiken. Die Forderungen sind 9,5 Prozent mehr Gehalt bei einer Gehaltssteigerung von 350 Euro und einem Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde und eine Laufzeit von 12 Monaten gewesen. Zum gegebenen Zeitpunkt war bekannt, dass Lufthansa ihre Mitarbeiter noch mit 150 Euro mehr Gehalt abspesen wollte, ab Januar 2023 bereit sei 2 Prozent mehr und für nächsten Juli dann noch mal 2 Prozent mehr bei positiver Lage zu zahlen.

Die Demo war motiviert, aber nicht kämpferisch. Anwesend aus Solidarität waren auch einige Verdi-Mitglieder der Hafenarbeiter. Bei ihrem Warnstreik ein paar Tage zuvor gab es Auseinandersetzungen mit der Polizei. Fünf Polizisten und fünf Hafenarbeiter wurden bei Auseinandersetzungen am 14. Juli in Hamburg verletzt.

Ein Lufthansa-Mitarbeiter und Verdi-Mitglied scherzte bei der Demonstration: *„Wir streiken hier nur, damit Verdi mal wieder was zu tun hat. Die letzte Gehaltserhöhung vor zwei Jahren kam von ganz alleine. Ich glaube, dass hier keiner auf die Barrikaden gehen würde.“* Verdi habe das letzte Mal vor 10 Jahren die Lufthansa bestreikt. Einzelne Mitarbeiter wirkten an dem Tag des Lufthansa-Bodenpersonal Warnstreiks in Hamburg wütender als andere. Eine Frau, die Teile in Flugzeugkabinen repariert, beschwerte sich:

„Die ziehen uns das Geld aus der Tasche. Erst mit der Kurzarbeit. Da habe ich viel weniger verdient und die hatten trotzdem immer einen in jeder Schicht, der die Arbeit dann alleine gemacht hat. Und jetzt ist die Inflation da und ich könnte mir mein Leben alleine nicht mehr leisten, mein Mann ist Hauptverdiener. Das ist doch unverschäm! Wenn ich die Teile in den Flugzeugen nicht reparieren würde, dann können die nicht fliegen, dann geht da gar nichts mehr!“

Die Lufthansa hat zu „Corona-Zeiten“ bereits zehntausende Stellen abgebaut, die ihnen jetzt bei der Bewältigung des Geschäfts wieder fehlen. Am Donnerstag, den 04. August, einigten sich Verdi und die Lufthansa auf ein Ergebnis: Erhöhung der Gehälter der Beschäftigten zunächst um einen

Festbetrag in Höhe von 200 Euro monatlich, rückwirkend ab dem 1. Juli 2022, ab dem 1. Januar 2023 um weitere 2,5 Prozent, mindestens aber um 125 Euro monatlich sowie nochmals um 2,5 Prozent ab 1. Juli 2023. Auszubildende erhalten ab 1. Juli 2022 einen Festbetrag von 180 Euro monatlich mehr. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt nicht 12, sondern 18 Monate und endet am 31. Dezember 2023.

„Für eine Beschäftigte am Check-In bedeute die Erhöhung beispielsweise einen prozentualen Zuwachs zwischen 13,6 bis 18,4 Prozent je nach Betriebszugehörigkeit. Das Ergebnis beinhaltet auch einen Inflationsausgleich und zusätzlich eine Realloohnerhöhung.“, schreibt Verdi in einem Presseupdate zum Tarifabschluss.

Verdi brüstet sich hier mit den Zahlen, da der Abschluss in der oben aufgeführten prozentualen Höhe von 13 Prozent schon unüblich hoch ist. Die Frage ist, was die Angestellten, deren Lohnerhöhung am Ende sogar 18,4 Prozent beträgt, eigentlich verdienen. Die Antwort darauf ist: Sie verdienen wenig! So wenig, dass es bedeutet, dass Lufthansa Teile des Bodenpersonals vor dem Streik mies bezahlt hat und es auch mit einer Steigerung von 18,4 Prozent nicht ein Vermögen sein wird, mit dem man in diesen Zeiten als Alleinverdiener in Hamburg gut über die Runden kommt. So wird mit großen Prozentzahlen der Anschein einer Verbesserung vorgegaukelt, die es so gar nicht gibt: Karl Marx beschrieb das 1865 in seinem Werk „Lohn, Preis, Profit“:

„Wenn ein Mann erst 2 sh. Wochenlohn erhält und sein Lohn dann auf 4 sh. steigt, so ist die Lohnrate um 100% gestiegen. Als Steigerung der Lohnrate ausgedrückt scheint dies eine großartige Sache, obgleich der faktische Lohnbetrag, 4 sh. die Woche, noch immer ein miserabel niedriger, ein Hungerlohn wäre. Ihr müßt euch daher von den groß klingenden Prozentzahlen der Rate des Arbeitslohns nicht beirren lassen. Ihr müßt immer fragen: Was war der ursprüngliche Betrag?“

Diese Frage sollte Verdi erst mal beantworten. Nicht zu vergessen ist auch die Lage der Höchstverdiener, die von dem Ausgang des Warnstreiks nach Angaben eines Lufthansa Beschäftigten nicht sonderlich

zufrieden sind: „Die Höchstverdiener können die Inflation nicht ausgleichen. Sie haben auch ihre Verpflichtungen, zahlen Hypotheken ab und steuern zum täglich Brot der Familie bei, das nun mal inflationsbedingt über 7 Prozent teurer geworden ist. Aber das bezahlt denen die Lufthansa nicht. Ich kann verstehen, dass die nicht zufrieden sind!“ Für diese Mitarbeiter ist das ausgehandelte Ergebnis natürlich eine viel geringere Lohnsteigerung, aber trotzdem verdienen sie über das Fünffache mehr (rechnerisch liegt der Verdienst bei ungefähr 5.000 Euro im Monat) als die Person, die sich über die 18,4 Prozent hohe Lohnsteigerung freuen soll.

Aber was sollen zum Beispiel die oben erwähnten Hafenarbeiter in ihrem Arbeitskampf sagen, der jetzt in Hamburg zwangspausiert wurde? Ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung werden unverschämte Aussagen entgegen geworfen wie die der Chefin der Hamburger Hafenlogistik (HHL): „Arbeitskampfmaßnahmen gefährden in der aktuellen Situation die Versorgung der deutschen Wirtschaft.“ Aber die tägliche Arbeit der Hafenarbeiter ist ein Teil einer Kette, die erst Garant für die funktionierende Versorgung der deutschen imperialistischen Ausbeuter-Wirtschaft ist! Das zentrale Problem ist hier: Es wird als etwas Gutes dargestellt, wenn die deutsche Wirtschaft läuft. Aber das ist schlecht, denn das bedeutet es gibt mehr Ausbeutung der unterdrückten Nationen. Von der aber auch wir als Bürger in der BRD profitieren.

Die Hafenarbeiter spielen eine essentielle Rolle dabei, dass die „Just in Time“-Wirtschaft gut funktioniert. Damit ist beispielsweise folgendes gemeint: Mercedes braucht zum Beispiel Kotflügel, dann werden sie bestellt, wo sie gebraucht werden. Zur Erledigung müssen die Lieferketten – die so ein großes Thema durch Corona geworden sind – rund laufen. Hier sieht man eine durch den Imperialismus beabsichtigte „Arbeitsteilung“. Es könnte sein, dass die Kotflügel dann in China teilproduziert werden und sie in Deutschland montiert werden. Und wenn die Hafenarbeiter streiken, dann funktioniert das nicht. Das heißt, es ist essentiell wichtig für den deutschen Imperialismus, dass die Sache läuft. Darum hat das Gericht die Zwangspause des Warnstreiks beschlossen. An diesem Umstand wird auch noch klar, dass die Gerichte in der BRD nicht unabhängig reagieren und entscheiden. Nach dem Aufbau der BRD und der Gewaltenteilung müsste dies eigentlich der Fall sein.

Festzuhalten ist, dass das Engagement der Gewerkschaftsspitze für ihre Hafenarbeiter stärker sein und

die Bereitschaft der Massen widerspiegeln muss. Und diese war beim Streik im Hamburger Hafen außerordentlich groß. Hier ist die Enttäuschung riesig: Man hat die Arbeiter, die wortwörtlich auf der Straße für eine bessere Bezahlung kämpfen und das Gericht, das zustimmt, wenn es darum geht das Streikrecht zu beschneiden. Und die Gewerkschaftsspitze von Verdi steht untätig und machtlos da.

Ein weiteres Beispiel für einen im Vergleich zum Lufthansa-Abschluss sehr erfolgloses Ergebnis, ist der Abschluss der Streiks vom Kita-Personal im Mai diesen Jahres. „Die kommunalen Arbeitgeber leugnen jeden generellen Handlungsbedarf zur Aufwertung dieser gesellschaftlich wichtigen und außerordentlich verantwortungsvollen Tätigkeiten“, betonte bereits der ehemalige Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske. Was nun aber fatal ist, ist das Ergebnis, das im Angesicht der Inflation von über 7 Prozent keine Hilfe für Erzieherinnen ist, die sich das tägliche Leben leisten müssen und auch noch die höheren Energiekosten im Winter tragen werden müssen: Am 18. Mai diesen Jahres einigte man sich darauf, Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen je nach Berufsgruppen 130 bis 180 Euro mehr zu zahlen, das fatalste aber ist die unglaublich lange Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026. Aus heutiger politischer Sicht, ist es also dazu gekommen, dass Verdi und die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Arbeiter der Kitas in eine sehr schlechte Lage mit diesem Ergebnis versetzt haben.

Weil sich die derzeitige Wirtschaftskrise immer weiter zuspitzt, wurden die Gewerkschaften vom Gangster Olaf Scholz dazu aufgefordert, die Lohnforderungen in den kommenden Tarifrunden minimal zu halten. Der Staat versucht, die Klassenwidersprüche in gemeinsamen Treffen von Kapitalistenverbänden, Gewerkschaftsbund und Regierung zu „schlichten“. Aus den oben genannten Beispielen wird klar, dass aus diesem faulenden System nur Ungerechtigkeiten hervorgehen. Die BRD ist eine imperialistische Macht, deren Bourgeoisie sich bereichert. Eine gerechte Bezahlung für alle Arbeiter wird es in diesem politischen System niemals geben! Die hohe Inflationsrate sorgt dafür, dass die ärmsten Teile des Proletariats in diesem Land nun vor dem realen Problem stehen, dass sie ihr Leben nicht mehr finanziert bekommen. Nur durch eine klassenkämpferische Arbeiterbewegung mit einer Gewerkschaft, die tatsächlich ihre Interessen vertritt, wird man in der Lage sein, gewonnene Errungenschaften zu behalten und weitere zu erobern. •

STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT UND KURZARBEIT

Wie die Bundesagentur für Arbeit vermeldet, ist die Arbeitslosigkeit im Bundesland Bremen im Monat Juni und Juli leicht angestiegen, ein guter Anlass, um sich mal etwas näher mit den aktuellen Arbeitslosenzahlen, im Rahmen der aktuellen Überproduktionskrise, zu beschäftigen. Nun sind bürgerliche Statistiken allgemein, und Statistiken über Arbeitslosigkeit im Besonderen durchaus mit Vorsicht zu genießen, wird hier doch getrickst und verfälscht, wo es nur geht, um ein möglichst schön gerechnetes Ergebnis zu erhalten. Laut offiziellen Zahlen war die Arbeitslosigkeit im Mai bei 9,8 Prozent und jetzt im Juli ist sie wieder auf 10,3 Prozent gestiegen. Damit liegt die Arbeitslosenquote in Bremen ca. fünf Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 5,4 Prozent. Das ist auch keine neuere Entwicklung, so ist die Arbeitslosigkeit in Bremen in den letzten 20 Jahren immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt gewesen und schwankte die letzten Jahre immer um die zwölf Prozent. Die bürgerliche Partei ‚Die Linke‘, die fest in die alte Gesellschaft integriert ist, veröffentlicht regelmäßig die wahren Arbeitslosenzahlen. Hier kommen all die Leute, die aus der Statistik raus gerechnet wurden, wieder vor. Wir nehmen diese Statistik einmal beispielhaft dafür, wie die Rechenkünste der herrschenden Klasse funktionieren. So waren laut offiziellen Angaben der Agentur für Arbeit im Juli ’22 deutschlandweit ca. 2,47 Millionen Menschen arbeitslos. Jetzt werden allerdings unter anderem alle Arbeitslosen, die krank sind, in Weiterbildungs-, Eingliederungsmaßnahmen, Ein-Euro Jobs oder über 58 nicht mitgezählt. Rechnet man diese dazu, so ergibt sich eine Gesamtzahl an Arbeitslosen von ca. 3,15 Millionen. Also mehr als eine halbe Millionen Menschen kommen in der Statistik überhaupt nicht vor. Die Dunkelziffer ist vermutlich sogar noch höher, denn selbst hier sind nicht alle enthalten. So schreibt die ‚Die Linke‘:

„Nicht hinzu zählen wir diejenigen Menschen, deren Arbeitsstellen von der öffentlichen Hand voll oder maßgeblich gefördert werden: Das sind zurzeit 40.898 Personen im Sozialen Arbeitsmarkt (...), 16.936 Personen mit Gründungszuschuss bzw. anderen geförderten Selbständigkeiten sowie die Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.“

Darüber hinaus tauchen rund 978.000 nicht erwerbstätige Personen in keiner Arbeitslosenstatistik auf (...), etwa weil sie in unfreiwilliger Teilzeit sind, sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.“

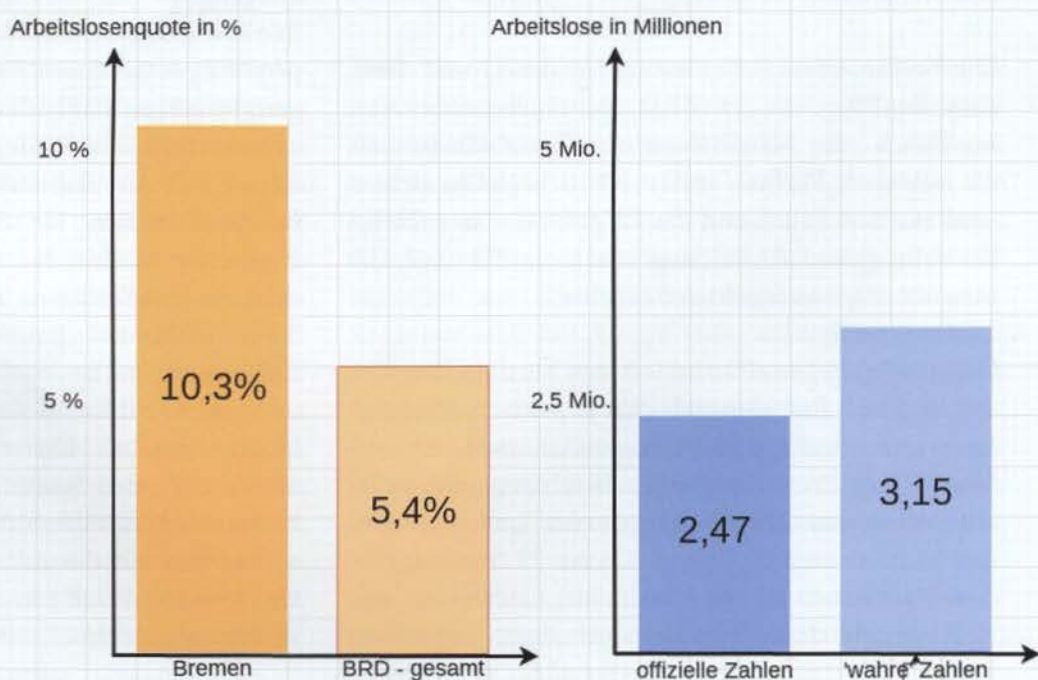
Wir sehen klar, selbst die sogenannten ‚wahren Arbeitslosenzahlen‘ sind alles andere als wahr. Es ist auch überhaupt nicht im Interesse der Herrschenden, dass es keine Arbeitslosigkeit gibt. Die große Industrie bedarf beständig einer Reservearmee unbeschäftigter Arbeiter. Die Bourgeoisie will die Arbeitskraft sowieso möglichst billig zur Verfügung haben, und die Angst vor Arbeitslosigkeit sorgt dafür, dass die Arbeiter die Füße still halten. Die permanente Arbeitslosigkeit lässt die Bourgeoisie die Löhne drücken. Die Bundesregierung hat von Beginn der sogenannten ‚Corona-Krise‘ die Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld immer weiter aufgeweicht. So gab es von Anfang an immer Beteuerungen, dass diese Regelungen nur vorübergehend seien. Sie wurden aber immer wieder verlängert. Zuletzt bis zum 30. September 2022; ob das die letzte Verlängerung ist, ist noch unklar. Die größte Veränderung beim vereinfachten Bezug von Kurzarbeitergeld ist, dass nur noch 10 Prozent der Arbeiter, statt wie vorher ein Drittel, einen Verdienstausschlag haben müssen, damit das Unternehmen Kurzarbeit anmelden kann. Für Arbeiter ohne Kinder bedeutet das nur 60 Prozent des Lohns, für Arbeiter mit Kindern 67 Prozent. Leiharbeiter können mit der neusten Verlängerung kein Kurzarbeitergeld mehr beziehen. Die Sozialabgaben werden den Unternehmen zur Hälfte erstattet. Das Kurzarbeitergeld selbst wird aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt. Das heißt wir alle kommen mit unseren Steuern und Sozialabgaben für das Kurzarbeitergeld auf. Das ist eine massive Verschleierung der Arbeitslosigkeit, die dem Aufschub der Krise dient. Kurzarbeit ist Lohnraub, und zwar gleich in doppelter Hinsicht. Das Unternehmen zahlt den versprochenen Lohn für die Arbeitskraft nicht, und droht dem Arbeiter mit Kündigung, hält ihn aber im Unternehmen. Er kann in dieser Zeit nicht für ein anderes Unternehmen arbeiten, also nicht woanders einen Lohn erhalten, außerdem wird das Kurzarbeitergeld sowie die Sozialabgaben des Arbeiters vom Staat übernommen, also von Steuergeldern, die vor allem die Arbeiter bezahlt haben, gedeckt. Für die Unternehmen bedeutet

das eine fette Subvention, denn sie können weiter produzieren, und Produkte verkaufen, ohne die vollen Lohnkosten zahlen zu müssen. Diese Lockerungen der Kurzarbeit führen dazu, dass die Kapitalisten diese Regelungen schamlos ausnutzen um die Lohnkosten zu drücken.

Und so schickt zum Beispiel auch Mercedes in Bremen Monat für Monat immer wieder bis zu 9000 Arbeiter in Kurzarbeit. Als Begründung dafür muss der Mangel an Halbleitern herhalten. Der Anordnung von Kurzarbeit müssen die Arbeiter eigentlich zustimmen, dass heißt, sie kann nicht einfach vom Chef verfügt werden. Inzwischen ist deshalb in allen neuen Arbeitsverträgen eine Klausel, in der der Arbeiter der einseitigen Anordnung von Kurzarbeit zustimmt. Es wurde auch massiv Arbeit an Leiharbeiter und Subunternehmen vergeben, die sonst von der Stammbesellschaft gemacht wurde. Diese wurden dafür in Kurzarbeit geschickt, obwohl genug Arbeit vorhanden ist. Das ganze Ausmaß der Verschleierung zeigt sich allein daran, wie viel Geld beispielsweise im Jahr 2020 für Kurzarbeit ausgegeben wurde. Insgesamt zahlte die Bundesagentur für Arbeit dafür 22,1 Milliarden Euro, damit waren die Ausgaben aus der Arbeitslosenversicherung für Kurzarbeitergeld in 2020 höher als für das Arbeitslosengeld, hier wurden 20,6 Mrd. Euro ausgegeben. Im Jahr 2019 wurden lediglich 159 Millionen Euro für Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit aufgewendet. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2012 lagen die Ausgaben nicht einmal bei der Hälfte mit insgesamt 8,5 Milliarden Euro. Das zeigt deutlich den massiven Einsatz von Kurzarbeit, um die Krise zu verzögern und Massenentlassungen zu vermeiden. Man kann nur erahnen, wie die Arbeitslosenzahlen aussehen würden, wenn all jene, die in Kurzarbeit sind, entlassen werden würden. Die Arbeiter machen bei dem Ganzen mit, aus Angst ihre Beschäftigung zu verlieren. Diese ganzen Tricks sorgen für

Stabilität in der Krise, denn Massenarbeitslosigkeit wird hinausgezögert. Die Unternehmen werden mit Milliarden an Steuergeldern subventioniert, können Lohnkosten einsparen durch den Einsatz von Kurzarbeitergeld, das am Ende von Steuergeld bezahlt wird. Das ganze Spiel kann aber nicht ewig funktionieren. Die Massenentlassungen werden kommen, und die bestehenden Jobs durch noch schlechtere und vor allem weniger Jobs ersetzt. Bei dem ganzen Aufweichen der Regeln, dem Hinausschieben der Krise ging es der Regierung also vor allem darum, Zeit zu gewinnen. Aber sie haben die Rechnung ohne den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen gemacht, denn der Krieg hat die Krise noch einmal verschärft: Die steigenden Preise für Lebensmittel und andere Dinge des alltäglichen Bedarfs, die hohen Preisen für Energie und die Inflation sorgen für massive Unzufriedenheit. Immer mehr Leute können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Der ‚soziale Frieden‘, der der herrschenden Klasse unsere Ausbeutung sichert, bröckelt. Auch ein paar Almosen wie das 9-Euro-Ticket und 300 Euro Energiepreispauschale ändern daran nichts. Die Arbeiter müssen den Kampf entfalten, denn wenn sie in der Krise ihre Rechte nicht verteidigen, gehen sie verloren, denn die Bourgeoisie kann nicht anders, als die Ausbeutung immer weiter zu verschärfen, und die Rechte der Arbeiter immer weiter einzuschränken. Um den Teufelskreis der ewigen Krisen zu durchbrechen, muss dieses System als Ganzes beseitigt werden. •

Arbeitslosigkeit im Juli 2022



UNIKLINIK-STREIKS ZU ENDE: KEINE ENTLASTUNG IN SICHT



Über elf Wochen lang haben die Pflegekräfte und das viele weitere Personal in den sechs Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen gestreikt. In ihrem Kampf stand dabei lediglich eine Forderung im Vordergrund: Entlastung. Angeführt wurde dieser Arbeitskampf von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), und nach vielen Wochen des harten Kampfes seitens der Klinikarbeiter, einigte sich die Tarifkommission von Verdi Mitte Juli schlussendlich mit den Unikliniken NRW's auf einige Eckpunkte für einen neuen Tarifvertrag und erklärte den Streik damit für beendet.

Die Forderung nach Entlastung hat den Grund darin, dass die Pflege in der BRD chronisch unterbesetzt ist. Durch eine Handhabung des Gesundheitswesens, die sich nach Profiten anstatt Menschenleben richtet, wird an allen Ecken und Enden gespart – so auch bei Einstellung und Ausbildung von mehr Personal, das man nur ungerne finanzieren möchte.

Der elfwöchige Streik markiert den bis dato längsten, der in dieser Branche in NRW je stattgefunden hat. Er wurde Anfang Mai ausgerufen, nachdem das Land NRW das zuvor von den Beschäftigten gestellte Ultimatum von 100 Tagen gekonnt ignoriert hatte, und hielt bis zum 20. Juli an. Ganze 79 Streiktage, in denen die Arbeit an den Unikliniken niedergelegt und viele verschiedene Streikkundgebungen organisiert wurden. Die Länge dieses Streiks allein unterstreicht

nur einmal mehr die erschütternd schlechten Arbeitssituationen, in denen sich *alle* Beschäftigten der Unikliniken wiederfinden. Neben den Krankenpflegern selbst wurde dieser Kampf nämlich auch breitflächig von weiteren Kollegen wie beispielsweise dem IT-, Küchen- oder Reinigungspersonal unterstützt. Die große Belastung in der Pflege hat zur Folge, dass nicht nur die Arbeiter selber durch Freizeiteinbuße, Stress und Burn-Out zu leiden haben, sondern auch die Patienten selbst nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommen und ein adäquater zwischenmenschlicher Umgang oft viel zu kurz kommt. Weiterhin hat der Streik aber auch eindrucksvoll gezeigt, dass das Klinikpersonal entschlossen ist, zu kämpfen, um so ihre gerechtfertigte Forderung nach dem lang ersehnten „Tarifvertrag Entlastung“ (TV-E) durchzusetzen. Dieser soll den Arbeitskäufer vertraglich an Entlastungsmaßnahmen für die Unikliniken binden, als Ergänzung zu dem bereits existierenden Tarifvertrag, dem die Beschäftigten der Länder angehören, dem TV-L. Während ihres Kampfes ließen sich die Streikenden nicht von haltlosen Beschuldigungen, sie würden mit ihrem Arbeitskampf Leben in Gefahr bringen, abhalten. Dieser Vorwurf wurde oft erhoben, im Versuch, den Kampf zu delegitimieren. Auch ist hervorzuheben, dass sich die Kollegen nicht haben spalten lassen in die unterschiedlichen Arbeitsbereiche. Das gesamte Klinikpersonal ging auf die Barrikaden, gemeinsam, als eine Faust.

Aber leider hat es an einer anderen, sehr entscheidenden Stelle an der selben Kampfbereitschaft gefehlt. Es ist nämlich so, dass die Gewerkschaftsführung von Verdi mit der Beendigung des Streiks die Grundlage für einen Tarifvertrag ausgehandelt hat, der nicht in der Lage ist, für die eigentlich gewünschte Entlastung zu sorgen. In anderen Worten: das Ziel wurde nicht erfüllt. In Verdis „Eckpunktpapier“ für den TV-E sind verschiedene „Entlastungsmodelle“ festgehalten. Kernpunkt dabei ist aber, dass Personalquoten und Mindestzahlen für die verschiedenen Bereiche festgelegt wurden. So soll bei zum Beispiel Pflegekräften künftig kontrolliert werden, ob zu einer gegebenen Schicht genügend Pflegepersonal vorhanden ist. Ist dies nicht der Fall, erhalten die Kollegen dieser Schicht, also diejenigen, die von dem in diesem Augenblick fehlenden Personal ganz direkt betroffen sind, sogenannte „Belastungspunkte“. Bei jeder Unterschreitung der festgelegten Pfleger-Quote gibt es einen Belastungspunkt, und wenn man sieben Belastungspunkte gesammelt hat, kriegt man einen freien Tag geschenkt. Der soll dann als „Belastungsausgleich“ taugen, wobei diese freien Tage auf maximal elf im ersten, 14 im zweiten und 18 im dritten Jahr des Tarifvertrags beschränkt sind. Mit anderen Worten, eine komplette Woche lang bei totaler Unterbesetzung arbeiten, um dafür dann einen Tag frei zu bekommen. Das sorgt dann natürlich dafür, dass in dieser Zeit noch weniger Personal vor Ort ist und so die Belastung für die anderen Kollegen nur noch mehr ansteigt. Es entsteht also ein regelrechter Teufelskreis und am Ende müssen die Beschäftigten die Kosten ihrer eigenen „Entlastung“ tragen. Vorausgesetzt natürlich, man schafft es überhaupt erst einmal, sich diesen freien Tag auch wirklich zu nehmen. So oder so, für eine tatsächliche Entlastung ist damit nicht gesorgt. Weder sofort, noch auf lange Sicht. Der Tarifvertrag beginnt Anfang 2023 und gibt den Unikliniken zusätzliche anderthalb Jahre Zeit, die benötigten IT-Systeme zu schaffen. Übergangsweise gibt es pauschal fünf freie Tage. Also, das sowieso schon unzureichende System der Entlastungspunkte wird also wahrscheinlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 umgesetzt werden. Und bis dahin müssen sich die Arbeiter mit ganzen fünf freien Tagen begnügen – wie götig! Für alle Beschäftigten in den Service-, IT- und Technikbereichen sowie der Ambulanz wurden übrigens einfach nur 30 zusätzliche Vollzeitstellen für jede Uniklinik vereinbart, mehr nicht. Für die tatsächliche Entlastung des Personals kümmert sich weder der Arbeitskäufer selbst, also die Unikliniken und letztendlich das Land NRW, noch die Führungsetage bei Verdi.

Was gebraucht wird, um für die Entlastung des Klinikpersonals zu sorgen und dafür, dass sich die Krankenpfleger auch wirklich die nötige Zeit nehmen können, sich anständig um ihre Patienten zu kümmern, ist mehr Fachpersonal. Daran führt kein Weg vorbei, kein Punktesystem und auch nicht – auf dem Papier – mehr freie Tage. Es fehlen ein Minimum an 100.000 Vollzeitstellen, um hierzulande einen vernünftigen Personalschlüssel in den Kliniken allgemein zu schaffen. Die Unikliniken NRWs sind da entsprechend keine Ausnahme, ihnen fehlt es ebenso schlichtweg an Personal. Wenn das Gesundheitssystem weiterhin nur den Profiten dienen soll, anstatt den Menschen, wird sich daran erst einmal auch nichts ändern.

ES BRAUCHT EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT

Obwohl mit diesem ausgehandelten Ergebnis nicht im Ansatz die gesteckten Streikziele erfüllt werden konnten, prahlt Verdi wie immer mit einem angeblich großen Sieg für die Arbeiter. Eine ähnliche, enttäuschende Erfahrung mussten die Beschäftigten von Vivantes und Charité in Berlin bereits vor einem Jahr machen. In einer ähnlichen Situation wie hier wurde für Entlastung mittels eines neuen Tarifvertrags gestreikt, und nach 50 Streiktagen verkündeten die Verdi-Funktionäre dann das Ende des Streiks und es kam zu einer Einigung. Auch in Berlin wurde das System der Belastungspunkte ausgehandelt, dort sind es sogar nur fünf Punkte, die für einen freien Tag benötigt werden.

Um die Forderungen der Arbeiter tatsächlich zu erkämpfen, braucht es eine kämpferische Gewerkschaft, die kompromisslos die Interessen unserer Klasse vertritt. Der elfwöchige Streik der Unikliniken in NRW sind dabei nur das letzte Beispiel. Kaum einer kann wirklich sagen, er sei zufrieden mit dem erzielten Ergebnis. Die Lösung kann nur sein, den Kampf nicht aufzugeben und sich nicht von der Gewerkschaftsführung hinters Licht führen zu lassen. Dort, wo es Arbeitskämpfe gibt, braucht es eine Gewerkschaft, die bereit ist diesen Kampf bis zum Ende zu führen. Solange, bis eine wirkliche Veränderung der Arbeitssituation erreicht wird. •

KAMERAS ZUR ÜBERWACHUNG DER FREIBURGER INNENSTADT

Bereits 2020 waren in der Freiburger Innenstadt im sogenannten Bermuda-Dreieck, der dortigen Ausgehmeile, Kameras installiert worden. Dem war ein Beschluss im Freiburger Gemeinderat im Jahr 2017 vorausgegangen. Zunächst hatte man diese Kameras dann nicht in Betrieb genommen, weil angesichts der Corona-Maßnahmen keine Notwendigkeit dafür gesehen wurde. Diese 16 Kameras sollen nun Freitags, Samstags und vor Feiertagen von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr eingeschaltet sein und den kompletten Bereich, bestehend aus Löwen-, Niemens-, Universitäts- und Bertoldstraße abdecken und zeichnen in dieser Zeit absolut alles auf, was dort passiert. Gleichzeitig sollen die Videoaufnahmen auf dem Polizeipräsidium die ganze Zeit über verfolgt werden, um so direkt auf Straftaten reagieren zu können.

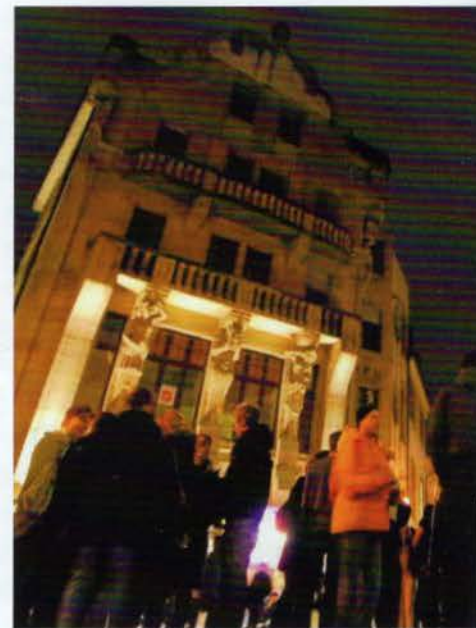
Schon lange ist die Polizei an den Wochenenden mit einem völlig überzogenen Aufgebot in der Innenstadt unterwegs. Mehrere Kastenwagen positionieren sich direkt vor der Westseite des Bermudadreiecks und Bereitschaftspolizisten mustern grimmig jeden, der an ihnen vorbeiläuft. Zwischendurch patrouillieren sie dann auch in Gruppen durch die Straßen und leisten damit ihren Beitrag, auch wirklich jedem dort die Feierlaune zu vermiesen. Welche Rolle die Polizei in solchen Kontexten immer wieder spielt, zeigen beispielsweise die sogenannte „Krawallnacht“ von Stuttgart oder diverse Übergriffe auf Menschen, die auf dem Freiburger Platz der Alten Synagoge den Abend verbringen wollten und brutal angegangen wurden, weil sie sich von den Bullen nicht alles gefallen lassen.

Warum also werden in der Innenstadt jetzt Videokameras benutzt? Begründet wird das mit der angeblich überproportionalen Straßenkriminalität in der Innenstadt, verglichen mit anderen Stadtteilen. Eine typische Argumentation, die auch an anderer Stelle schon vermehrt zum Einsatz kam. So wurde beispielsweise argumentiert, als man den Stühlinger Kirchpark zum sogenannten „Gefahrengebiet“ erklärt hat. Dabei handelt es sich um einen Park in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof, der bei den Bewohnern des Stadtteils sehr geschätzt wird und der vielen Menschen zur alltäglichen Entspannung dient. Wenn man dort entlanggeht, kann man an sonnigen Tagen viele Gruppen und Familien sehen, die dort picknicken

oder abends ein Bier trinken. Außerdem findet dort regelmäßig ein Markt statt, sowie übers Jahr verteilt unterschiedliche Feste.

Das ist allerdings nicht alles. In dem Park werden auch Drogen verkauft, vor allem Marihuana und vor allem von Flüchtlingen. Diese Tatsache wurde als Vorwand dafür genommen, um eine Bedrohungslage für die Anwohner herbei zu fantasieren und den Bereich um den Park zum Gefahrengebiet zu erklären. Das heißt, jeder kann dort zu jeder Zeit verdachtsunabhängig von der Polizei kontrolliert werden. Wenn dich im Park zwei Zivis ansprechen und dir sagen, du sollst deine Tasche ausräumen, kannst du nichts dagegen machen. Es ist egal, ob ein Verdacht vorliegt oder nicht.

Diese Regelung wird dann natürlich dazu genutzt, um unliebsame Gruppen zu schikanieren, und wie immer kontrollieren die Bullen vor allem die Leute, die ihnen nicht deutsch genug aussehen. Die Geschichte von den schwarzen Drogendealern dient dann als Vorwand, um einfach jeden schwarzen Menschen auf dem Platz zu durchleuchten. Viele von denen kommen aus dem nahegelegenen Flüchtlingsheim, um hier, wie alle anderen auch, ihre Freizeit zu verbringen. Dabei kommt es dann auch immer wieder zu hässlichen Szenen. So kam es unter anderem dazu, dass Menschen dazu gezwungen wurden, sich in aller Öffentlichkeit komplett nackt auszuziehen. Statt das Problem der Drogenkriminalität tatsächlich anzugehen und die Ursachen zu bekämpfen, beispielsweise indem man Flüchtlinge in Deutschland arbeiten und einen Lohn verdienen lässt, führt man lieber mehr repressive Maßnahmen ein, die zum Großteil Leute treffen, die mit dem Problem gar nichts am Hut haben.



Wie auf dem Überwachungsbildschirm?



Polizeikontrolle auf dem Stühlinger Kirchplatz

Eine ähnliche Situation existiert in der Freiburger Innenstadt. Wo viele Menschen zusammenkommen und wo getrunken wird, steigt natürlich das Potenzial für Konflikte, und dass einem der Geldbeutel geklaut wird, ist auch wahrscheinlicher, wenn man ohnehin zu besoffen ist, um das mitzukriegen. Im Namen der sogenannten „Sicherheit“ werden dabei aber die demokratischen Rechte Aller angegriffen. Die Polizei etabliert hier, dass Menschen, die sich dort aufhalten, zu jeder Zeit bei all ihren Handlungen beobachtet und überwacht werden. Das heißt, wer im Freiburger Bermudadreieck feiern gehen möchte,

wird unter Generalverdacht gestellt und muss damit rechnen, dass alles, was er tut, aufgenommen und gesichtet wird. Es lohnt sich an dieser Stelle zu erwähnen, dass in der zuletzt von der Polizei veröffentlichten Statistik Aggressions- und Gewaltdelikte, sowie Straßenkriminalität in Freiburg allgemein **rückläufig** sind. Vor allem aber wird mit einer solchen Maßnahme die

Überwachung des Volkes mehr und mehr normalisiert, was einen Eingriff in das Recht auf das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Die Bourgeoisie will nicht nur die Partymeilen Deutschlands überwachen, sondern hat ein allgemeines Interesse daran, möglichst gut zu jeder Zeit nachvollziehen zu können, wer sich wie und wo bewegt.

Videokameras im öffentlichen Raum sind Werkzeuge zur Aufstandsbekämpfung. Für den Moment geht es hier „nur“ um das Freiburger Bermudadreieck. Aber mit der zunehmenden Verschärfung der Widersprüche und des Klassenkampfes wird die Ausweitung vergleichbarer Maßnahmen mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Wenn die Massen kämpfen, wird es leicht sein, Kriminalitätsstatistiken anzuführen, ein Bedrohungsszenario aufzubauen und Videokameras in den Arbeitervierteln anzubringen. Die Überwachung des Volkes darf nicht als Normalität akzeptiert werden. Sie ist ein Werkzeug der Repressionsapparate dieses Staates und zielt darauf ab, zu dokumentieren, wer sich wann, wo, wie und mit wem bewegt, die Aktivitäten der Massen zu durchleuchten und dann im geeigneten Moment zuzuschlagen. Gegen solche Angriffe auf unsere grundlegendsten demokratischen Rechte müssen wir uns jederzeit und egal wo sie auftreten entschlossen zur Wehr setzen. •



Froschperspektive aufs Bermudadreieck

LAYLA: EINE VERLOGENE DEBATTE

Über den Ballermann-Hit ‚Layla‘, der es sogar auf Platz Eins der deutschen Single-Charts geschafft hat, wurde im letzten Monat viel diskutiert und geschrieben. Nur durch die ‚Verbotsdebatte‘ hat das Lied überhaupt eine solche Popularität erlangt. Aber worum geht es in dem Lied? Der Song ist von DJ Robin & Schürze und wurde produziert von Ikke Hüftgold, einem bekannten Produzenten und Sänger von Ballermann-Hits. Es geht um einen Mann, der einem anderen Mann sein Bordell zeigen will, da dort die Puffmutter ‚Layla‘ arbeitet, die laut seiner Beschreibung „schöner, jünger, geiler“ sei. Und das war es dann auch schon mit Text und Inhalt. Beim Hören fällt eines sofort auf: ‚Lalala-Layla‘ ist ein absoluter Ohrwurm. Es entwickelte sich eine Debatte um das Lied, ausgehend davon, dass es auf einem Volksfest in Würzburg nicht gespielt werden sollte, da es zu ‚sexistisch‘ sei. Die Stadt Würzburg war auf die Betreiber zugekommen, um das Spielen des Liedes zu verhindern. Der Vorsitzende der Jungen Union Hessen stimmte das Lied auf einer Landestagung an, was zu einem Schlagabtausch auf Twitter mit den Jusos Hessen führte. In Düsseldorf sollte das Lied auch nicht gespielt werden, wurde dann aber von einem DJ angespielt, worauf das Publikum es laut mitsang. Produzent Ikke Hüftgold verteidigte den Text und sieht in dem Nicht-Spielen des Liedes einen Eingriff in die Kunstfreiheit. Dann trendete auf Twitter der Hashtag: ‚Free Layla‘ und der Wahnsinn ging sogar so weit, dass sich sowohl Frauen als auch Männer am Ballermann ‚Layla‘ tätowieren ließen. Die einen als Freiheitskämpfer im Namen der Kunstfreiheit, die anderen als heuchelnde Moralapostel. Die Diskussion über ‚Layla‘ schlug so hohe Wellen, dass sogar der Bundesjustizminister (FDP) seinen Senf dazu geben musste, und auf Twitter eine Art Machtwort sprach:

„Man muss Schlagertexte nicht mögen. Man kann sie sogar doof oder geschmacklos finden. Sie aber behördlich zu verbieten, finde ich, ist eins zuviel. #layla“

Nun gibt es viele Ballermann-Lieder, die weitaus schlimmer sind als ‚Layla‘. Das Problem hier ist vor allem die unglaubliche Verlogenheit der ganzen Debatte überhaupt, denn das einzige, was das Lied

für sie problematisch macht ist die Tatsache, dass es sich bei ‚Layla‘ um eine Puffmutter handelt. Vor allem die ‚Bild‘-Zeitung hat die ganze Debatte massiv befeuert. Nur darf man nicht vergessen, dass die BRD nicht ohne Grund das größte Bordell Europas genannt wird. So gibt es in Deutschland schon sehr lange Prostitution, mal legal, mal illegal, aber immer geächtet. Mit dem ‚Prostitutionsgesetz‘ von 2001 und dem ‚Prostituiertenschutzgesetz‘ von 2017 wurde die Prostitution legalisiert und weiter liberalisiert. Mit dem Gesetz von 2017 gibt es eine Anmeldepflicht für Prostituierte. Eine Kriminalisierung der Freier und Zuhälter, aber nicht der Prostituierten, wie beispielsweise in Schweden, gibt es in der BRD nicht. Erlassen wurden diese Gesetze mit der Begründung, die Zwangsprostitution abschaffen zu wollen, doch das genaue Gegenteil ist passiert. Weniger Kontrollen führen dazu, dass die Ausbeutung noch mehr zunimmt. So schützt das sogenannte ‚Prostituiertenschutzgesetz‘ vor allem die Prostitution, dass heißt vor allem die Zuhälter und Freier, nicht die Prostituierten. Gegen Prostitution sein, dass heißt vor allem gegen die Zuhälter und Freier zu sein, nicht aber gegen die Prostituierten. Die Debatte, zeigt die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Moralapostel, denn es darf nicht ausgesprochen werden, was Realität ist, nämlich das die BRD der größte Puff Europas ist, und zwar sowohl im legalen, als auch im illegalen Bereich, mit Menschenhandel, Zwangsprostitution und all den Widerlichkeiten, die zu diesem Geschäft dazu gehören. Zwischen achtzig und neunzig Prozent der Prostituierten kommen aus dem Ausland, größtenteils aus Osteuropa, aber auch aus Asien, Afrika, und Lateinamerika. Dabei verdient der Staat fleißig mit, denn die Prostituierten, und Bordellbesitzer, die im legalen Bereich arbeiten müssen, natürlich Gewerbesteuer zahlen. Ein Problem ist, dass es keine stichhaltigen Statistiken und kaum Untersuchungen zu dem Thema gibt. So registrierten sich offiziell im Jahr 2019 noch 40.400 Prostituierte bei den entsprechenden Behörden, im Jahr 2021 waren es nur noch 23.700. Während der Pandemie war es teilweise verboten, der Prostitution, das heißt vor allem der legalen, nachzugehen, während die illegale boomte. Verschiedene Organisationen gehen davon aus, dass es in der BRD schätzungsweise rund 400.000 Prostituierte, der Großteil davon Frauen, gibt. Die Differenz zu den

offiziellen Zahlen ist gewaltig. Prostitution ist niemals frei und selbstbestimmt, ob Gewalt von Zuhältern und Lebenspartnern oder ökonomische Zwänge, am Ende verkauft man seinen Körper für Geld.

KEINE ‚LAYLA‘, KEIN PROBLEM?

Dabei lässt sich die Unterdrückung der Frau innerhalb dieser Gesellschaft gar nicht abschaffen, schon gar nicht indem man ein Lied nicht spielt: Historisch entstand das Patriarchat damit, dass die Erbfolge zugunsten der Männer umgeworfen wurde. Als die Menschen sesshaft wurden, veränderte sich mit dem Ackerbau die Stellung der Frau innerhalb der Stammesgesellschaft, die Männer nahmen eine wichtigere Rolle ein, da sie die Felder bestellten und das Mehrprodukt, das durch den Ackerbau entstand, kontrollieren und vor allem an ihre Söhne vererben wollten. Das Privateigentum entstand und es wurde nicht mehr im Kollektiv gewirtschaftet und aufgeteilt, wie es unter den Jägern und Sammlern üblich war. Die Sklavenhaltergesellschaft entstand, und auch die Frauen wurden zu Sklaven ihrer Männer. Von den neu entstehenden Staaten der Sklavenhalter, wie beispielsweise Griechenland oder Rom, entrechtet, ohne Erbrecht, oft nur mit männlichem Vormund und gefesselt an das Haus. In seiner ganzen Entwicklung war das Patriarchat immer eng verbunden mit der Entwicklung der Klassengesellschaft selbst. Die herrschenden Klassen überlegten sich immer neue Ausreden, warum die Frau ‚minderwertig‘ und dem Mann unterlegen sei. Diese Pseudotheorie über die angeblich ‚minderwertige

weibliche Natur‘ gibt es auch heute noch, genau wie das Patriarchat. Auch wenn die Formen sich im Laufe der Zeit verändert haben, ist das Patriarchat nicht das Ergebnis von frauenfeindlichen Ideen, sondern die Ideen sind das Ergebnis des Patriarchats, und seine Grundlage ist das Privateigentum. Der Begriff ‚Sexismus‘, unter dem jetzt über das Lied diskutiert wird, kommt vom englischen Wort ‚sex‘, was ‚Geschlecht‘ bedeutet. Er reduziert die doppelte Unterdrückung der Frau, durch Imperialismus und Patriarchat, auf eine reine Frage des Geschlechts. Von uns Frauen wird erwartet, dass wir unbezahlte Reproduktionsarbeit, wie Aufräumen, Kochen und Kinderbetreuung erledigen, wenn der Mann von der Arbeit kommt ihn am Besten noch bemuttern und immer bereit zu sein, seine ‚Bedürfnisse‘ zu befriedigen. Wir finden oft nur Beschäftigung in Teilzeit-Jobs, und im Niedriglohnsektor, wenn überhaupt. Müssen die größte Drecksarbeit machen, und gehören zu den meist Ausgebeuteten und Unterdrückten unserer Klasse. Alles weil, die reine Tatsache, dass wir Frauen sind und Kinder kriegen können, uns für die Ausbeuter als Arbeitskraft unattraktiver macht. Denn ein Mann kann schließlich nicht schwanger werden und fällt dann für 9 bis 10 Monate aus. Das ist eine knallharte ökonomische Rechnung, und nur ein Beispiel für die Grundlage des Patriarchats in diesem Land. Das Patriarchat gibt es eben nicht, weil Männer einfach fies sind, sondern es ist über Jahrhunderte gewachsene systematische Unterdrückung die nur zusammen mit dem Privateigentum abgeschafft werden kann. Sie empören sich darüber, dass ‚Layla‘ Puffmutter ist, während der Staat an Prostitution verdient und sie ermöglicht. In

der Prostitution findet die bürgerliche Familie eben ihre Ergänzung. Nur im Kommunismus kann die gesellschaftliche Stellung der Frau wirklich gleichberechtigt sein. Alles andere ist eine Illusion. Nur gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern können die arbeitenden Frauen dieses widerliche System und damit auch die Prostitution abschaffen. •



„Freiheitskämpfer“ Ikke Hüftgold

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM SEPTEMBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfa.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Aufzug zur diesjährigen Feier der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) zur Woche der Märtyrer (vermutlich am 3. August in der Bastar-Region in Chhattisgarh) im Volkskrieg in Indien

Quelle: cg impact

ROTE POST

